

(Vizepräsident Schmidt)

- (A) Wir stimmen ab über den Einzelplan 09, Ministerium für Bundesangelegenheiten, und zwar entsprechend der Beschlußempfehlung Drucksache 11/8009. Wer ist für die Beschlußempfehlung? - SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? - CDU, F.D.P. und GRÜNEN-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist Einzelplan 09 in zweiter Lesung mit Stimmenmehrheit angenommen.

Ich rufe Nummer 7 unserer Beratungsgrundlagen auf:

Einzelplan 11: Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 11/8011 und auf den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 11/8157, Teilbereich 10.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion der Frau Abgeordneten van Dinther das Wort. Bitte schön!

- (B) **Abgeordnete van Dinther (CDU):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit dem Inhalt des Haushaltsplanes des Frauenministeriums für 1995 könnte ich heute schnell fertig werden - weiterhin ein Mini-Haushalt für ein Mini-Ministerium mit Mini-Zuständigkeiten. Doch so leicht will ich es mir natürlich nicht machen. Ich weiß, daß die Frauen im Land auch etwas anderes von uns erwarten.

Die CDU-Fraktion hat sich in diesen 4 1/2 Jahren konstruktiv an der Gestaltung der Frauenpolitik in unserem Land beteiligt.

(Zustimmung der Abgeordneten Rauterkus [SPD])

Daher fange ich auch mit dem Positiven an. Wir waren nicht immer einer Meinung und haben uns im Frauenausschuß auch über viele Themen gestritten. Doch haben wir auch einige Dinge positiv gemeinsam nach vorne bewegt. Ich nenne ein mittlerweile flächendeckendes Netz an Frauenhäusern, verbesserte Hilfe für sexuell mißbrauchte Kinder, familiengerechte Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst und die Hilfen bei der Wiedereingliederung von Frauen nach der Familienphase.

Dennoch werden viele Frauen im Land von unserer Politik mehr erwartet haben; denn sie stellen weiterhin fest, daß die Organisation des Alltags, und dabei vor allen Dingen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, immer noch ihre Privatsache ist. Wir haben zwar viel getan, um den Rechtsanspruch auf den Kindergartenplatz umzusetzen, doch dabei ist das Angebot für diejenigen, die die Hilfe bei der Kinderbetreuung am nötigsten gebrauchen, auf der Strecke geblieben. Ich meine die Alleinerziehenden, die hier in Nordrhein-Westfalen weder die Chance haben, einen Krippenplatz zu bekommen, noch für die Kinder im Schulalter einen Hortplatz. (C)

(Zustimmung der Abgeordneten Hürten [GRÜNE])

Ich bin natürlich Realistin und weiß, daß in dieser Legislaturperiode mehr Geld weder vom Land noch von den Kommunen oder von den Trägern aufgebracht werden konnte. Doch ich stelle fest: Hier im Land fehlt es nicht nur an Geld, sondern leider auch an Phantasie. Wenn das Geld für Einrichtungen fehlt, hätte man zumindest zum Beispiel das Instrument Tagespflege voranbringen können. Der Landtag hat dies auch 1992 einstimmig gefordert. Und in dieser Frage hätte ich auch von einer Frauenministerin etwas mehr Einsatz erwartet. Statt dessen hat man die Federführung auf Nimmerwiedersehen an den Städte- und Gemeindebund gegeben und hat sich von seiten der Regierung auf zwei Modellversuchen ausgeruht. Dabei hatte das erste Modell in Duisburg noch nicht einmal Modellcharakter, sondern man kann das, was dort gelaufen ist, ohne zu übertreiben als Aktionismus und Geldverschwendung bezeichnen. (D)

Was sich im Grundschulbereich getan hat, wissen wir alle. Viele Mütter müssen nach einem erfolgreichen Berufsstart während der Kindergartenzeit ihre Berufstätigkeit wieder aufgeben, wenn die Kinder zur Grundschule gehen. Ausfallende Unterrichtszeiten, nicht kalkulierbare Anfangs- und Endzeiten lassen die Mütter verzweifeln. Die Hamburger Schulsenatorin hat dieses Problem mittlerweile flächendeckend gelöst, scheinbar sogar ohne großartig höheren Kostenaufwand.

Auch in der Arbeitswelt hat sich nichts rasant Neues getan. Nun versuchen Sie, Frau Ridder-Melchers, mit dem Aktionsprogramm "Frauen und

(van Dinther [CDU])

- (A) Beruf" hier anzusetzen. Wenn ich Ministerin wäre, dann würde ich das auch tun. Dieser dicke Wälzer, den wir bekommen haben, ist ja auch wirklich eindrucksvoll.

(Zustimmung der Abgeordneten Rauterkus [SPD])

Es gibt auch Vorteile, nämlich daß man hier - durchaus konkret zusammengefaßt - nachlesen kann, was die Landesregierung an frauenfördernden Maßnahmen im Bereich Frau und Beruf tut. Doch fällt natürlich bei intensiverer Lektüre auf, daß nichts so weltbewegend Neues darin enthalten ist.

Wir haben auch gemerkt, daß die strittigen Punkte - zum Beispiel bei der Auftragsvergabe die Forderung, Aufträge nur bei nachgewiesener Frauenförderung zu vergeben - trotz der Ankündigungen, die Sie vor Monaten gemacht haben, im Aktionsprogramm noch gar nicht enthalten sind.

- (B) Auch bei der Existenzförderung von Frauen ist nichts so spektakulär anderes passiert, als es bei Männern stattfindet. In Ihren Pressemitteilungen schreiben Sie noch, daß die Frauen nur halb soviel Geld als Startkapital brauchen; doch im Aktionsprogramm lesen wir, daß die Frauen jetzt statt 40 000 DM nur 30 000 DM brauchen.

Wir haben bei der Fachtagung, die in der letzten Woche zum Aktionsprogramm "Frau und Beruf" stattfand, gehört, daß dieses Startkapital oder auch das, was Sie in diesem Aktionsprogramm "Frau und Beruf" vorsehen, eigentlich gar nicht so wichtig ist, daß das für die Frauen gar nicht die große Rolle spielt; denn die Frauen stellen schon bei der Beantragung fest, daß die Antragsformalitäten dermaßen kompliziert und aufwendig sind, daß sie oft auf das öffentliche Geld verzichten und lieber reguläre Bankkredite nehmen. Dann, finde ich, kann man dieses großartige öffentliche Tamtam auch lassen und sich lieber auf wesentlichere Dinge beschränken.

Zum Beispiel fehlt mir in diesem Aktionsprogramm, wenn es um Existenzgründerinnen geht, daß die kommunalen Wirtschaftsförderer angesprochen werden. Ich kann aus eigener Erfahrung sagen, daß gerade vor Ort diese Wirtschaftsförderer den Frauen, wenn sie Existenzen

gründen, ganz konkrete Hilfe geben könnten. Aber diese Ansprache findet in den Kommunen erst gar nicht statt. (C)

(Zustimmung bei der CDU)

Hier wäre es doch Aufgabe einer Landesfrauenministerin, die kommunalen Wirtschaftsförderer ein bißchen anzuregen und anzureizen, damit sie die Frauen als Existenzgründerinnen erst einmal entdecken.

(Abgeordneter Meyer [Hamm] [CDU]: Dazu hat sie gar keine Lust!)

Denn statistisch gesehen wird momentan jeder dritte Betrieb von einer Frau gegründet, so daß das auch wirklich etwas Lohnendes wäre.

Vizepräsident Schmidt: Frau van Dinther, würden Sie eine Zwischenfrage von Herrn Grevener zulassen?

(Abgeordnete van Dinther [CDU]: Ja, bitte.)

Abgeordneter Grevener (SPD): Frau van Dinther, ist Ihnen bekannt, daß wir in allen Gemeinden über 10 000 Einwohner Gleichstellungsbeauftragte haben und daß diese auch bei der Wirtschaftsförderung mitwirken? Im Zweifel könnte ich Ihnen das für Velbert einmal aufzeigen. Das ist gleich in Ihrer Nachbarschaft zu Hattingen. (D)

Abgeordnete van Dinther (CDU): Herr Grevener, ich weiß sogar, daß über die Gleichstellungsbeauftragten hinaus das Land ja auch viele Regionalstellen "Frauen und Beruf" fördert, die diese Aufgabe eigentlich wahrnehmen sollten. Nur leider finden wir auch in diesem Bereich keine konkreten Ergebnisse. Wir stellen jedenfalls dann, wenn wir mit Mittelständlern reden, mit Leuten, die wirklich selbständig sind und die Arbeitsplätze schaffen, fest, daß die Frauenbeauftragten und leider auch die Regionalstellen "Frauen und Beruf" an die Betroffenen gar nicht herangehen und gar nicht herankommen, daß sie das Gespräch miteinander gar nicht so führen, wie wir uns das vorstellen.

(Zuruf der Abgeordneten Garbe [SPD])

(van Dinther [CDU])

- (A) Nach unserer Meinung sollen das natürlich die Wirtschaftsförderer zusammen mit den Gleichstellungsbeauftragten machen, das ist ganz klar. Aber es findet anscheinend in der Praxis noch nicht so ausführlich statt, wie wir uns das eigentlich vorstellen können.

Das Aktionsprogramm enthält auch Maßnahmen zur Frauenförderung im öffentlichen Dienst. Wir haben hier im Plenum ja häufig darüber gestritten. Die SPD ist für die Quotenregelung. Sie haben das ja auch im Frauenfördergesetz beschlossen. Die CDU sagt, daß wir mit den flexiblen Zielvorgaben weiter vorankommen. In diesem Punkt sind wir weiter strittig.

Aber wir haben durchaus auch Bereiche, wo wir gemeinsam vorangekommen sind. So haben wir z.B. festzustellen, daß durch das Frauenförderkonzept zumindest familiengerechte Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst auch in Nordrhein-Westfalen besser möglich sind als in der Vergangenheit. Es ist auch unsere Meinung, daß der öffentliche Dienst Vorreiter sein muß und gerade auch neue Arbeitszeitmodelle ausprobieren muß. Wir hoffen, daß über dieses Ausprobieren sich in Zukunft auch etwas mehr Väter z.B. an solchen Dingen wie Erziehungsurlaub oder Teilzeitarbeit beteiligen werden.

- (B) Die Anerkennung von Familienarbeit als berufliche Qualifikation ist etwas, was wir als CDU gefordert haben. Das findet im Frauenförderkonzept leider noch nicht den Widerhall. Aber wir hoffen, daß wir in der nächsten Legislaturperiode da noch einen Schritt vorankommen.

Ich wollte noch ein Wort zum § 218 sagen, der in diesen viereinhalb Jahren im Frauenausschuß ja eine große Rolle gespielt hat. Natürlich waren wir enttäuscht, daß in der letzten Legislaturperiode im Bund gerade auch von unserer Ministerin die Einigung im Vermittlungsausschuß zum Scheitern gebracht worden ist. Das ist leider aus parteipolitischen Kalkül passiert, weil man hoffte, daß die Wahl gewonnen werden könnte. Das ist nun nicht passiert, und nun müssen wir sehr, sehr mühsam diesen ganzen Gang wieder beginnen, und das wird nicht einfacher, als es vor der Wahl war.

Das Land verhandelt gerade mit Trägern von Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen. Meine Damen und Herren, in den Ausschüssen haben wir regelmäßig nachgefragt, wie sich diese Ver-

handlungen gestalten. Man hat uns von seiten des MAGS ständig darauf verwiesen, daß diese Verhandlungen durchaus wohlwollend und positiv verlaufen. Jetzt haben wir ganz konkrete Hinweise darauf, daß sich z.B. die Verhandlungen mit den Kirchen überhaupt nicht positiv entwickelt haben, sondern daß es da ganz im Gegenteil schwere Konflikte gibt. Wir werden aber am 21. Dezember noch einmal ausführlicher über dieses Thema "Schwangerschaftsberatungsstellen" reden. Deshalb werde ich darauf jetzt nicht weiter eingehen. Eines ist aber klar: Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu diesem Punkt muß vom Land umgesetzt werden, egal was es kostet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Zu diesem Haushaltsplan haben wir den Antrag gestellt, die Modellmaßnahmen Mädchenhäuser in Bielefeld und Düsseldorf durch höhere Landeszuschüsse sicherzustellen. Die SPD hat unseren Antrag abgelehnt. Wir versprechen Ihnen, daß wir sehr darauf achten werden, ob die rot-grün regierten Städte Bielefeld und Düsseldorf wirklich die Existenz dieser Mädchenhäuser sichern.

Zum Schluß noch ein generelles Wort. Uns fällt natürlich auf, daß das Frauenministerium sehr viel Geld für Modellprojekte und Öffentlichkeitsarbeit ausgibt, was darüber hinwegtäuschen soll, wie wenig substantielle Zuständigkeiten die Ministerin hat. Selbst die Bereiche, in denen unumstritten Frauen die Hauptbetroffenen sind, etwa die Förderung von Schwangerschaftsberatungsstellen oder die Förderung von Kinderbetreuungsangeboten, werden trotz des vorhandenen Frauenministeriums weiterhin im Männerressort MAGS geregelt. Frauenpolitik ist eine Querschnittsaufgabe; das wissen wir. Aber der Zuschnitt der Ministerien zeigt doch die Wertschätzung, die die SPD-Entscheider der Frauenpolitik im Land widmen. Der Koloß MAGS und das Federchen Frauenministerium sind in einer deutlichen Schräglage. Das Frauenministerium als Fassade, und ansonsten wissen die Männer schon, was für die Frauen gut ist!

Da wir ja bald Weihnachten haben, Frau Ridder-Melchers, wünsche ich Ihnen, nicht daß Ihr Frauenministerium in der nächsten Legislaturperiode verschwindet, sondern ich wünsche Ihnen mehr Gewicht bei den Entscheidungen, die Frauen betreffen. Und da auch ich dann zu Weihnachten

(van Dinther [CDU])

- (A) einen Wunsch gut habe, wünsche ich mir einen Regierungswechsel im Mai 1995, damit Helmut Linssen mit seiner Mannschaft

(Zurufe von der SPD)

eine gute, effektive Frauenpolitik machen kann. Sie werden sich sehr wundern: Wir können das.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Frau van Dinther. - Für die Fraktion der SPD spricht Frau Speth.

Abgeordnete Speth (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst, Frau van Dinther: Wir werden alles tun, um Ihre Fraktion daran zu hindern, daß Herr Linssen mit seiner M a n n s c h a f t

(Abgeordneter Hegemann [CDU]: Frau-schaft!)

- das hat sie nicht gesagt, und ich zitiere ja nur -

- (B) (Abgeordneter Hegemann [CDU]: Das hat sie aber gemeint!)

demnächst die Frauenpolitik in diesem Lande bestimmt.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens: Frau van Dinther, in einem stimme ich Ihnen zu: Das Klima im Frauenausschuß ist in der Tat gut. Ich bin auch sehr froh darüber, daß es immer wieder gelingt, trotz aller Kontroversen, die im Einzelfall auch gar nicht auflösbar sind - wie etwa in der Sache § 218 -, eine gute Diskussion zu führen, die, so denke ich, alle weiterbringt. Das finde ich in Ordnung.

Vizepräsident Schmidt: Frau Speth, würden Sie eine Frage von Frau van Dinther beantworten?

(Abgeordnete Speth [SPD]: Ja. Ich denke, daß sie etwas zur "Frauschaft" sagen möchte. Aber bitte sehr!)

Abgeordnete van Dinther (CDU): Ja, genau. Ich wollte Sie nur darauf hinweisen, daß es sichere Anzeichen dafür gibt, daß wir mit einer kräftigen Frauschaft, und zwar jung und dynamisch, in den nächsten Landtag einziehen werden. Darauf können Sie sich 100 %ig verlassen. (C)

Vizepräsident Schmidt: Das war keine Frage.

Abgeordnete Speth (SPD): Das war keine Frage. Aber wir nehmen das ja nicht so genau.

Vizepräsident Schmidt: Doch, das müssen wir.

Abgeordnete Speth (SPD): Sie, Herr Präsident, ich aber nicht.

Ich habe in der Diskussion schon einmal gesagt, daß die Debatte um die Quote innerhalb der SPD in der Tat auch für die anderen Fraktionen hilfreich war, die sich der Quote nicht verschrieben haben. Am Ende haben wir dann auch recht gehabt, weil die CDU inzwischen einen Grundsatzbeschuß gefällt hat, zur Unterscheidung von der SPD ein Quorum zu machen. Ich kann das eigentlich nur begrüßen, und ich denke, daß der Landtag auf diese Art und Weise auch bei den anderen Fraktionen durch Frauen belebt wird. Und ich gratuliere Ihnen, wenn Sie sagen, daß Sie viele Frauen auf Ihrer Liste haben. (D)

Frau van Dinther, allerdings auch etwas Kritisches zu dem, was Sie gesagt haben, bevor ich zu meiner eigentlichen Rede komme! Sie haben hier reklamiert - und das zum Teil auch zu Recht -, daß es in bestimmten Bereichen noch zu wenig Betreuungsplätze für Kinder gibt. Sie haben die Frauen, die alleinerziehend sind, genannt, und Sie haben die Kleinstkinder und die Schulkinder genannt. Das ist richtig. Wir wissen das auch, und wir wissen, daß wir kontinuierlich an diesem Problem arbeiten müssen.

Aber interessant und gut ist, daß Sie als Vertreterin der CDU, die Sie ja auch für die gesamte Fraktion der CDU sprechen - so denke ich -, so vehement für Ganztagsplätze kämpfen. Das finde ich gut. Aber das war nicht immer so. Wir haben das sehr oft vermißt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(Speth [SPD])

- (A) Im Gegenteil: Gerade die CDU hat immer wieder die Sorge geäußert - und das ist noch eine freundliche Formulierung -, daß über den Ganzttag die Kinder der Familie entzogen werden. Ich möchte Sie nur daran erinnern - das meine ich sehr ernst -, weil das sehr lange die wollende Politik daran gehindert hatte, rechtzeitig - übrigens in Zeiten, in denen es noch viel Geld gab - in der Tat das Geld zur Verfügung zu stellen, um mehr Ganzttag in allen Bereichen zu machen. Das müssen Sie sich anziehen.

(Beifall bei der SPD)

Eine weitere Bemerkung dazu: Ich finde es auch nicht richtig, dieses alles beim Haushalt der Frauenministerin auszutragen. Ich habe keine Anträge von Ihnen im Haushalt MAGS und im Haushalt Schule zum Ganzttag gesehen. Ich finde es nicht in Ordnung, die Anträge alle auf die Frauenministerin zu kumulieren, die doch nur im Konzert der Landesregierung, in Kooperation mit anderen Bereichen auch die Erfolge haben kann, die wir brauchen.

Sie wissen das auch, Frau van Dinther. Ich denke, wir sollten es uns angewöhnen, die Verantwortlichkeiten in der Querschnittsaufgabe in dem Fall zu teilen und auch auf andere Ministerien zu konzentrieren.

(B)

Vizepräsident Schmidt: Frau Speth, würden Sie noch eine Frage von Frau van Dinther beantworten?

(Abgeordnete Speth [SPD]: Ich würde jetzt gerne zu meinem Teil kommen, wenn es recht ist. Es ist schon spät genug.)

- Also keine Zwischenfragen, okay.

Abgeordnete Speth (SPD): Wie viele andere heute auch, gehe ich etwas über den Haushalt der Frauenministerin hinaus, also über den Einzelplan 11, weil man am Ende einer Legislaturperiode auch das Recht hat, Bilanz zu ziehen - jeder aus seiner eigenen Sicht.

Es ist richtig, daß man dazu einen Blick in die Regierungserklärung werfen muß. Nun habe ich das getan, habe mir die einzelnen Punkte angeguckt. Nun trage ich sie einmal vor.

1990 hat Ministerpräsident Johannes Rau, was den Frauenbereich anbelangt, versprochen, ein Frauenministerium einzurichten. Das ist eingehalten. (C)

Er hat versprochen, 100 000 Kindertagesplätze einzurichten. Die Fraktion hat auf 125 000 Plätze erhöht. In Wahrheit werden im nächsten Jahr zirka 140 000 Plätze entstehen. Ich denke, das ist übererfüllt. Sehr gut, sehr positiv!

Versprochen wurde auch, die Förderung von Frauen in Arbeitsmarkt- und Strukturprogrammen zu verstärken. Dieses ist mit dem Aktionsprogramm in weiten Teilen erfüllt.

Wenn, Frau van Dinther, die Verfahren, was die Existenzgründerinnen anbelangt, zu bürokratisch sind, muß man das sagen und ändern. Darüber können wir diskutieren. Ich habe da überhaupt keine Probleme. Man muß es tun.

Ich weise aber darauf hin, daß ein ganz wichtiges Element, welches im Aktionsprogramm steht, von Ihnen nicht genannt worden ist: Existenzgründungsdarlehen sind immer im Konzert mit qualifizierter Beratung zu sehen. Ohne ein qualifiziertes Beratungsinstrument können wir in diesem Bereich auch nicht erfolgreich sein. Das ist ein Punkt, über den wir noch reden müssen. Das können wir mit Sicherheit auch noch über die Legislaturperiode hinaus tun. (D)

In diesem Zusammenhang ist ein Punkt in der Tat nicht erfüllt. Das ist der Punkt Auftragsvergabe. Ich denke, das muß man offen ansprechen. Ich sage auch, warum das so schwierig ist. In der Regierungserklärung - man kann sich darüber streiten, ob erfüllt oder nicht - stand nämlich drin: Es wird geprüft, ob. Die Prüfung ist abgeschlossen. Zur Zeit haben wir uns als SPD-Fraktion dafür entschieden, die Auftragsvergabe nicht von oben zu verordnen, sondern mit den Wirtschaftsunternehmen zu sprechen, dies vor dem Hintergrund, daß einige oder viele Unternehmen bereits Frauenfördermaßnahmen haben. Die Frage ist: Was ist hier der richtige Weg? Und darüber kann man streiten.

Wir haben uns zunächst für diesen Weg entschieden. Ich hoffe, daß er auch zum Erfolg führt - wenn nicht, machen wir eine Regelung.

(Speth [SPD])

- (A) Versprochen wurden in der Regierungserklärung mehr Gleichstellungsstellen. Das ist eingehalten, was die Landesgesetzgebung anbelangt. Ab 10 000 Einwohnern und Einwohnerinnen wird es künftig Gleichstellungsstellen mit hauptamtlich Beschäftigten geben müssen. Wir müssen natürlich hingucken, ob das auch geschieht.

Ich wünsche mir, daß die Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen diesen Auftrag des Gesetzgebers deshalb sehr ernst nehmen, weil er positiv für Frauen, Männer und Kinder in einer Gemeinde wirken wird, und daß wir, anders als in anderen Ländern, nicht damit rechnen müssen, daß Kommunen den Klageweg bestreiten. Das wünsche ich mir nicht, weil es eine Auseinandersetzung wäre, die nicht nützlich, sondern schädlich ist.

Versprochen wurde in der Regierungserklärung Hilfe bei Gewalt gegen Frauen und Kinder. Dieses ist durch die flächendeckende Einführung von Frauenhäusern eingelöst worden. Wir haben inzwischen drei Mädchenhäuser. Wir haben die Beratungsstelle gegen den Frauenhandel in Herne, und wir haben eine Menge an Barmitteln in unterschiedlichen Haushalten zur Unterstützung von Projekten, die entweder etwas damit zu tun haben, Gewalt gegen Frauen und Kinder zu verhindern - man muß immer etwas wissen, um eine vernünftige Projektplanung zu machen -, oder die konkret die sexuelle Gewalt gegen Kinder bekämpfen.

(B)

Die Landesregierung hat also gehalten, was sie versprochen hat und in Teilbereichen noch sehr viel mehr getan, als sie versprochen hat. Ich sage aber dazu: Die SPD-Fraktion hat dabei kräftig geholfen. Das ist auch gut so.

Die Mehrleistungen - einige habe ich eben schon genannt -, die wir erbracht haben, will ich aber noch fortsetzen. Da ist zunächst das Frauenkulturbüro in Krefeld, die soziale Absicherung von Bäuerinnen über den Bundesrat, die Regionalstellen Frau und Beruf.

Einen ganz wichtigen Punkt möchte ich nicht vergessen: Das ist vor allem die Tatsache, daß in allen regionalen Entwicklungs- und Strukturprogrammen Frauenförderung integraler Bestandteil sein muß. Das - so sehe ich es - ist ein qualitativer Sprung in der Frauenpolitik, weil Frauenför-

derung direkt mitgeplant werden muß - nicht nachträglich, nicht angeklatscht wie so vieles andere im Frauenbereich. (C)

Also: Landesregierung und SPD-Fraktion sind verlässliche Partner in Sachen Frauenpolitik, natürlich in anderen Bereichen auch. Das Wichtigste ist: Wir haben ein gutes Fundament geschaffen, auf dem wir in der nächsten Legislaturperiode aufbauen können und auch aufbauen werden.

(Abgeordneter Riscop [CDU]: Dann haben Sie nichts mehr zu sagen!)

- Das werden einmal sehen. Ich bin sehr zuversichtlich, daß wir auch in der nächsten Periode etwas zu sagen haben. Ich bin nämlich nicht nur zufrieden mit den Leistungen, sondern ich bin auch ungeduldig. Wissen Sie, warum ich ungeduldig bin?

Erstens. Im Frauenbereich gibt es noch furchtbar viel zu tun. Das werden wir auch weiterführen.

Zweitens. Ich kann es kaum erwarten, in einer neuen Legislaturperiode möglicherweise mit sehr viel mehr Frauen im Landtag auch wieder Frauenpolitik mit Unterstützung meiner Fraktion, mit Unterstützung der Landesregierung zu machen. Ich denke, daß das ein sehr positives Signal für die nächste Legislaturperiode ist. Wir brauchen uns nicht zu schämen. Wir können über das Gute reden, das wir getan haben. - Danke schön. (D)

Vizepräsident Schmidt: Ich danke Ihnen, Frau Kollegin Speth. - Für die F.D.P.-Fraktion spricht die Frau Abgeordnete Witteler-Koch.

Abgeordnete Witteler-Koch (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zuerst möchte ich die Gelegenheit nutzen und mich beim Ministerpräsidenten sehr herzlich für seinen mündlichen Glückwunsch und den angekündigten schriftlichen in optimistischer Voraussicht zu bedanken, wengleich ich hinzufügen muß, daß er nicht immer seine Versprechen hält. Ich habe ihm vor einigen Jahren zum Geburtstag das Buch von Arno Plack "Ohne Lüge leben" geschenkt. Daraufhin schrieb er mir in einem persönlichen Brief, er werde sich das Buch zu Gemüte führen und dann darauf reagieren. Ich muß aber feststellen: Das hat er bis heute nicht getan.

(Witteler-Koch [F.D.P.]

- (A) (Abgeordnete Speth [SPD]: Auf so ein Buch würde ich auch nicht reagieren! - Weitere Zurufe von der SPD)

Um noch einmal direkt auf Ministerpräsident Rau einzugehen: Er hat sich hier sehr eloquent, sehr jovial darzustellen versucht. Nur, meine Damen und Herren: Das gesamte Parteiensystem ist im Umbruch, eine ganze Menge mehr ist im Umbruch. Es mag ja sein, daß er sich hier in Nordrhein-Westfalen so als König empfindet. Aber ich denke, daß er viel zu lange im Amt ist, um begreifen zu können, was im Lande los ist.

(Widerspruch bei der SPD)

Wenn man sich dann überlegt, wie er als Ministerpräsident draußen gesehen wird: als Verwalter einer schon sehr chaotischen, behäbigen SPD, muß man sagen, daß es doch einer sehr interessanten Politik der SPD bedarf. Er sagt selber, der Strukturwandel müsse vollzogen werden, er sei noch nicht soweit. Man muß also immer wieder klar feststellen, daß Nordrhein-Westfalen und insbesondere diese Mehrheitsfraktion diesen Strukturwandel verschlafen haben. Wenn wir viel eher etwas für kleine und mittelständische Unternehmen getan hätten, hätten wir sichere neue Arbeitsplätze schaffen können. Aber all das scheint er nicht zu sehen.

(B)

Herr Rau ist leider nicht hier. Ich kann das ja verstehen, daß er sich, wenn er demnächst das Ministerium auflösen will, das Ganze hier nicht anhören kann. Wenn man in einer Regierungserklärung großmundig ankündigt, man schaffe ein neues Ministerium, man schaffe neue Kindergartenplätze etc., dann ist es natürlich sehr schwierig, das alles durchzuziehen. Man muß sich das meines Erachtens vorher überlegen. Bei den Kindergartenplätzen haben wir ja auch festgestellt, daß die Zahlen nicht stimmten, daß man nicht genau recherchiert hat und vieles andere mehr.

Herr Rau, ich wäre an Ihrer Stelle nicht so optimistisch im Hinblick auf die SPD. Bei Ihnen muß sich eine ganze Menge ändern. Und was Vertrauenspotential angeht, da stehen wir als F.D.P. zumindest in den letzten Wochen sicherlich weitaus besser da als Sie, meine Damen und Herren von der SPD.

(Lebhafte Zurufe von der SPD)

Durch diese Debatte ist in den letzten Wochen sicherlich auch den Blauäugigsten klargeworden: Das Land steht finanziell am Abgrund. Leider konnten Sie sich auch in den vergangenen Jahren mit unseren Konsolidierungsvorschlägen nicht anfreunden. Ich denke, daß es sehr wichtig ist, Aufgaben zu straffen, sich von einigen sogar zu lösen und die Administration insgesamt zurückzufahren. (C)

Am 16. März 1993 hat das Kabinett - so ist es uns jedenfalls bekannt geworden - beschlossen, im Geschäftsbereich des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales in den kommenden Jahren rund 1 400 der zur Zeit 7 000 Stellen einzusparen. Dieser Vorgang wird sich ja wohl bis ins nächste Jahrzehnt hineinziehen. Der Anfang ist also gemacht worden. Der Versuch ist nicht strafbar, aber wir müssen beobachten, wie es weitergeht.

Frau Ridder-Melchers, Sie können sich vorstellen, worauf ich jetzt hinaus will: Es geht auch um das Überdenken der Zahl der Ministerien, auch der Aufgabenerledigung insgesamt. Im Erläuterungsband Ihres Einzelplans steht - ich zitiere mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten -:

Frauenpolitik als Querschnittsaufgabe ist in vielen Politikbereichen verankert und nicht allein anhand von Haushaltsansätzen umfassend und abschließend zu würdigen. (D)

Weiter heißt es:

Die Aufgabe des Ministeriums für die Gleichstellung von Frau und Mann besteht darin, das verfassungsrechtliche Gebot der Gleichberechtigung von Frau und Mann in allen gesellschaftlichen Bereichen durchzusetzen.

Und schließlich:

Mit der Gleichstellungs- und Frauenpolitik werden immer auch Querschnittsaufgaben wahrgenommen. Die frauenpolitischen Leistungen der Landesregierung erschöpfen sich daher nicht in der Etatisierung von Mitteln im Einzelplan 11.

Da alle Ressorts der Landesregierung in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich auch für die Verwirklichung des Gleichberechtigungsgrundsatzes

(Witteler-Koch [F.D.P.]

- (A) verantwortlich sind, finden sich natürlich auch weitere frauenpolitische Ansätze in den Einzelplänen der anderen Ressorts. Das ist genau der Punkt. Damit, Frau Ridder-Melchers, führen Sie sich mit Ihrem Ministerium selbst ad absurdum.

(Abgeordnete Speth [SPD]: Nein! Nur: Sie haben das nicht verstanden!)

Die von mir angesprochenen Maßnahmen werden zwar in Kooperation mit dem Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann entwickelt und umgesetzt, aber das Haus von Frau Ridder-Melchers räumt selbst ein, daß es sich bei der Durchführung dieser Aufgaben, soweit sie nicht im Ministerium selbst bearbeitet werden, der Regierungspräsidenten und der Landschaftsverbände bedient - und ich schließe noch an: des Landesversorgungsamtes in Münster. Damit wird zum wiederholten Male deutlich, daß dem Frauenministerium durch Ministerien und Behörden in einer Art und Weise zugearbeitet wird, daß die Auflösung des Ministeriums eine konsequente Folge sein muß. Und wie man überall hört, scheint das auch eine Überlegung des Ministerpräsidenten zu sein.

- (B) Frau van Dinther, ich habe mich ziemlich gewundert, daß Sie in dieser Forderung nicht konsequenter sind. Frauenpolitik ist sicherlich eine wichtige Aufgabe; darin sind wir uns alle einig. Frau Speth sagte eben so schön, das Fundament sei gelegt. Vielleicht war das ja schon der Einstieg in den Ausstieg aus dem Frauenministerium; ich weiß es nicht.

(Abgeordnete Speth [SPD]: Interpretation hat auch etwas mit Intelligenz zu tun!)

Wir jedenfalls fordern das schon seit mehreren Jahren, sind auch in Zukunft dazu bereit und verfolgen mit Spannung, was die Landesregierung in den nächsten Tagen präsentiert; Herr Rau ist da ja wohl in der Pflicht. Sicherlich werden wir hören, daß das relativ kleine Ministerium aufgelöst und vielleicht integriert wird.

Meine Damen und Herren, insbesondere Frau Ridder-Melchers verwaltet Gleichberechtigung mehr, als daß sie sie gestaltet. In diesem Zusammenhang wäre auch einmal ein Blick in andere Bundesländer von Interesse. Wir haben hier immer wieder teilweise die Ansätze, die Sprache zu vergewaltigen. Ich denke nur an die nette Geschichte in Buchholz, wo ein F.D.P.-Ratsherr emp-

fohlen hat, die Sprache einfach einmal weiblich zu gestalten. Das wäre doch mal was. Wir könnten es dann sicherlich vermeiden, daß beispielsweise zur Geschäftsordnung des Landtags langatmige Änderungen beschlossen werden müssen, die meines Erachtens gar nicht so problematisch sind. (C)

Frau Ridder-Melchers, man muß an dieser Stelle auch erwähnen, daß es schon sehr bedenklich ist, daß Sie in diesem Jahr wieder einmal keinen schwerbehinderten Menschen in Ihrem Hause beschäftigt haben. Die Besetzungsquote beträgt absolut und prozentual null. Darüber müssen Sie auch noch einmal nachdenken. Es gibt eine Pflichtquote von 6 %. Sicherlich hätten Frauen eine Chance haben können, von Ihnen eingestellt zu werden. Schließen Sie sich mit Minister Muntefering kurz, der sich ja verstärkt dafür eingesetzt hat, etwas gegen die Ausgrenzung behinderter Menschen zu tun. Vielleicht können Sie einen Konsens mit ihm finden, ohne daß das Parlament hierzu einen Anstoß gibt.

Wenn ich höre, daß Frau Speth bei der CDU reklamiert, sie setze sich erst jetzt für Ganztagsangebote ein,

(Zuruf der Abgeordneten Garbe [SPD])

dann frage ich mich, wann die SPD endlich begreift, daß es bei der Frauenpolitik nicht nur um Politik für erwerbstätige Frauen geht, sondern auch um Politik für die Frauen, die sich entscheiden, zu Hause zu bleiben und die Familienarbeit zu leisten. Das ist mir ein ganz wichtiger Punkt. Da ich Liberale und dafür bin, daß sich jede Frau entscheiden kann, kann ich das sicherlich unbelasteter sagen als die CDU. (D)

(Widerspruch der Abgeordneten Speth [SPD])

Wir waren mit der Arbeit der Frauenministerin im vergangenen Jahr nicht sehr zufrieden. Der Wirtschaftsminister hat auf diesem Gebiet in seinem Bereich sicherlich erheblich mehr geleistet.

(Abgeordnete Garbe [SPD]: Wann haben Sie den denn schon einmal gelobt?)

- Das habe ich schon häufiger getan. Sie müssen nur zuhören, Frau Garbe.

(Abgeordnete Garbe [SPD]: Ich habe zugehört! - Zuruf der Abgeordneten

(Witteler-Koch [F.D.P.]

(A) Speth [SPD] - Abgeordneter Henning [SPD]:
Weiß der Tschoeltsch das?)

Aber vielleicht kann ich Ihnen demnächst vorher einen kurzen Vermerk zukommen lassen. - Ich denke, der Wirtschaftsminister hat bezogen auf Aktivitäten wie "Frau und Beruf" eine Menge geleistet. Ein bestimmtes Umdenken hat auch im Bereich Bildung, Wissenschaft und Kultur eingesetzt. Einiges hat sich getan bezogen auf die Frauen- und Mädchenhäuser. Es geht nur nicht an, daß wir alle diese Maßnahmen immer wieder einleiten, ohne zu bedenken, daß die Kommunen letztlich die Kosten zu tragen haben.

(Abgeordnete Speth [SPD] schüttelt den Kopf.)

Wir haben darüber zu sprechen, wie die Kommunen entsprechend entlastet werden. Wir können diese Dinge nicht immer nur von Landesseite anleiern.

Meine Damen und Herren, wenn man sich dieses Jahr nach fast fünfjähriger Legislaturperiode einen Rückblick genehmigt, muß man feststellen, daß die Frauenförderung nicht das gebracht hat, was wir uns alle erhofft haben. Ich habe sehr wohl geschaut, was die Frauenförderkonzepte und die Quote gebracht haben. Wenn Sie die Berichte zur Frauenförderung der Ministerin lesen, müssen Sie feststellen: In Führungspositionen sind immer noch nicht allzu viele Frauen. Also: Überdenken Sie Ihre Quote! Nehmen Sie sich ein Beispiel an der F.D.P., die das anders lösen kann.

(B)

(Widerspruch von der SPD und der Abgeordneten Hürten [GRÜNE] - Vorsitz: Präsidentin Friebe)

Meine Damen und Herren, der Hinweis von Frau Speth, mit der Frauenpolitik in NRW sei ihrer Ansicht nach ein Fundament gelegt worden, ist für mich richtungweisend, daß da demnächst etwas geschieht.

Wir sind mit der Frauenpolitik in dieser Form und mit dieser Bürokratie nicht einverstanden. Das wissen Sie; ich sage es aber noch einmal. Wir werden diesen Haushalt ablehnen. - Danke.

(Beifall bei der F.D.P. - Abgeordnete Garbe [SPD]: Das wundert uns jetzt aber!)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank. - Für die GRÜNEN-Fraktion erteile ich der Frau Abgeordneten Hürten das Wort. (C)

Abgeordnete Hürten (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Witteler-Koch, ich kann und will es mir nicht verkneifen, an dieser Stelle zu sagen: Nach diesem Redebeitrag hoffe ich wirklich, daß wir es nach Mai des nächsten Jahres nicht mehr nötig haben, uns so etwas anzutun.

(Beifall bei der SPD - Abgeordnete Witteler-Koch [F.D.P.]: Dann gibt es kein Frauenministerium mehr! Das ist richtig!)

Frau van Dinther hat kritisch, aber konstruktiv begonnen, und ich habe gedacht, wir könnten den kritisch-konstruktiven Ton, der im Frauenausschuß üblich ist, auch in dieser letzten Debatte dieser Legislaturperiode über den Haushalt des Gleichstellungsministeriums fortführen. Ich denke, ich bin überhaupt nicht dafür bekannt, irgendwem nach dem Munde zu reden und mit Kritik hinter dem Berg zu halten

(Abgeordneter Matthiesen [SPD]: Das stimmt, gnädige Frau!)

- danke schön -, aber was Sie sich hier geleistet haben, fand ich wirklich jenseits. (D)

(Zuruf des Abgeordneten Hegemann [CDU])

Auch ich hatte mir vorgenommen, meine Rede positiv zu beginnen, zu sagen, daß wir uns doch zumindest kleine Erfolge der GRÜNEN-Frauenpolitik ankreiden können.

Präsidentin Friebe: Frau Hürten, darf ich eben fragen, ob Sie eine Zwischenfrage von Herrn Ruppert zulassen möchten.

(Abgeordnete Hürten [GRÜNE]: Ja, bitte!)

Bitte schön, Herr Ruppert.

Abgeordneter Ruppert (F.D.P.):*): Frau Kollegin Hürten, nachdem Sie eben kritisiert haben, daß meine Kollegin Ruth Witteler-Koch eine offenbar von Ihrer abweichende Meinung geäußert hat: Meinen Sie denn, nur weil das Ministerium "Mini-

(Ruppert [F.D.P.]

- (A) sterium für Gleichstellung" heißt, müssen alle Kolleginnen in diesem Ausschuß das gleiche sagen oder gar das gleiche denken?

(Beifall bei der F.D.P.)

Abgeordnete Hürten (GRÜNE): Herr Ruppert, ich weiß nicht, ob es an der späten Stunde liegt oder ob Sie nie richtig zuhören können. Ich habe nicht kritisiert, daß sie eine andere Meinung hat als ich; ich akzeptiere andere Meinungen. Mir ging es um den Ton und die Art und Weise.

(Beifall bei der SPD)

Nun zu dem Punkt, den ich in bezug auf die Veränderung in Haushaltsdebatten positiv vermerken wollte.

Unser Verständnis von Frauenpolitik als Querschnittsaufgabe hat sich zumindest in Teilbereichen langsam durchgesetzt. Es muß in jedem Ministerium Frauenpolitik betrieben werden. Jedes Ministerium muß Geld dafür ausgeben und - das ist uns wichtig - auch ausweisen. Ich weiß, Frau Ridder-Melchers stimmt uns in dieser Ansicht schon lange zu; wir sind da einer Meinung. Aber viele - vor allen Dingen Herren - Minister in der Landesregierung sehen das ganz anders und würden viel lieber weiter mauern.

(B)

(Abgeordneter Dautzenberg [CDU], mit Blick auf die Ministerbank: Außer der Justizminister! Der sitzt noch da!)

- Vom Justizministerium sind mir kaum Titel bekannt, wo frauenrelevante Ausgaben getätigt werden.

(Minister Dr. Krumsiek nickt.)

Darauf kam es mir an.

(Abgeordneter Hegemann [CDU]: Denken Sie an die Frauengefängnisse! - Zuruf der Abgeordneten Speth [SPD])

- Ich habe "kaum" gesagt, nicht "keine", Frau Speth.

Das Gleichstellungsministerium enthält inzwischen eine Auflistung derjenigen Titel anderer Einzelpläne, die von der Landesregierung als frauenpolitisch relevant eingestuft werden bzw. - das

ist zumindest so gemeint - die überwiegend Frauen zugute kommen. (C)

Selbstverständlich finden wir diese Liste viel zu kurz. Selbstverständlich finden wir, daß wesentlich mehr Ausgaben unmittelbar frauenrelevant sind oder frauenrelevant sein müßten. Der dicke Packen unserer Änderungsanträge, den wir jedes Jahr auch im Frauenausschuß einbringen, belegt das. Auch wenn meine Kolleginnen und Kollegen manchmal über diese etwas langwierige Diskussion bei der Haushaltsberatung stöhnen - Einfluß für Frauenpolitik zu fordern, bedeutet auch, daß wir Frauenpolitikerinnen diesen Einfluß an vielen Einzelpunkten eben auch in den Einzelministerien deutlich und geltend machen müssen.

Einige Kompetenzen sind inzwischen der Gleichstellungsministerin zugewachsen, die früher dem Sozialminister zustanden. So ist die Finanzierung der Frauenberatungsstellen ganz in ihre Kompetenz übergegangen. Auch über die Förderung von Maßnahmen gegen sexuellen Mißbrauch wird jetzt im Gleichstellungsministerium entschieden.

Aber ich frage Sie wirklich, liebe Kolleginnen und Kollegen gerade von der SPD: Reicht das denn? Hat eine Frauenministerin nicht mehr zu vergeben als ein wenig Hilfe für die weiblichen Opfer von Männergewalt? Ein paar kleine Projekte für Tagesmütter oder Landfrauen machen ein solches Ministerium doch wirklich auch nicht fett. Sind Frauen nicht in allen gesellschaftlichen Bereichen benachteiligt und müssen deshalb ein Ministerium mit Gewicht und Kompetenz haben? (D)

Weiter: Welches ist denn die wichtigste Ursache für Frauendiskriminierung? Wir GRÜNEN meinen: Am wichtigsten ist es, Frauen eine eigenständige Existenzsicherung zu ermöglichen. Frauen, die sich und ihre Kinder selbständig unterhalten können, können familiärer Gewalt aus dem Wege gehen. Sie können ihr eigenes Leben führen. Eigenes Geld ist hierzulande die wichtigste Bedingung für eine menschenwürdige Existenz. Effektive Frauenpolitik muß das berücksichtigen. Das heißt: Arbeitsmarkt-, Sozial- und Wirtschaftspolitik müssen auf die Bedürfnisse von Frauen ausgerichtet sein.

Jetzt ist in diesem Zusammenhang von der Landesregierung und von der SPD-Fraktion immer wieder auf das kürzlich vorgelegte Aktionsprogramm "Frau und Beruf" verwiesen worden. Ich freue mich, daß Frau van Dinther einen ganzen

(Hürten [GRÜNE])

- (A) Teil unserer kritischen Punkte, die wir schon in den Debatten zu den entsprechenden Anträgen eingebracht haben, teilt. Frau Speth, wenn Sie sagen, über die Auftragsvergabe muß erst einmal mit den Unternehmern geredet werden, was sie bereit sind, freiwillig mitzumachen, denke ich, daß die Auftaktveranstaltung der Ministerin in Essen zu diesem Thema wirklich sehr, sehr eindeutig und eindringlich gezeigt hat, wie "gern" Unternehmer bereit sind, freiwillig einen Schritt in diese Richtung zu gehen. Solche waren wirklich mit der Lupe im ganzen Saal zu suchen. Auch und gerade bei den Unternehmern geht es ohne Druck nicht.

Real ist es nach wie vor so, daß die Landespolitik im Bereich Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik die Bevorzugung der Männer fortschreibt. Männer profitieren stärker von Fördermitteln. Im Landesdienst steigen Männer schneller auf. Frauenarbeitsplätze werden schneller wegrationalisiert. Eine Gleichstellungsministerin, die ihren Namen verdient, dürfte dazu nicht schweigen und müßte entsprechende Kompetenzen haben.

In den Ergänzungen zum Einzelplan 11, von denen ich eben gesprochen habe, kommt der ganze Bereich der Existenzsicherung von Frauen nicht vor. Offensichtlich mögen es Herr Müntefering und auch Herr Einert nicht, wenn sich eine Gleichstellungsministerin mit Kompetenzen in Arbeitsmarktfragen einmischt. Offensichtlich sind die SPD-Landesregierung und mit ihr die Mehrheit der SPD-Fraktion der Meinung, aus Sicht der Frauenpolitik reiche die indirekte Einflußnahme auf Arbeit und Wirtschaft. Das meinen wir nicht!

GRÜNE sind der Ansicht, daß das Gleichstellungsministerium dringend weitere Kompetenzen benötigt. Wünschenswert wäre aus unserer Sicht ein Ministerium für Frauen und Arbeitsmarktpolitik. An dieser Stelle will ich überhaupt nicht auf rotgrün spekulieren, weil ich deutlich machen will, daß mir das in der Sache wichtig ist, für die Frauen im Lande. Deswegen nenne ich das ohne eine Spekulation auf eine Regierungsbeteiligung von unserer Seite aus.

Denn Frauen sind die wichtigste und größte Gruppe des Arbeitsmarktes, die politischer Förderung bedarf. Frauen bringen hervorragende Qualifikationen mit, auf die eine Volkswirtschaft eigentlich nicht verzichten darf. Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik müssen dringend ökologisch, sozial und frauenfreundlich gestaltet werden. Schon die

Verlagerung von nur einzelnen Abteilungen des MAGS oder des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie würde dazu beitragen, Arbeitsmarktpolitik frauenfreundlicher gestalten zu können. Vor allem das Wirtschaftsministerium scheint ein Hort der Männerherrschaft zu sein: keine Referatsleiterin, keine Frauenreferentin, um zumindest ein wenig die Belange der Frauen zu berücksichtigen. (C)

(Abgeordnete Speth [SPD]: Aber es gibt eine Gleichstellungsbeauftragte!)

Herr Einert scheint ein "Frauenfeind im Schafspelz" - so will ich ihn mal nennen - zu sein. Voraussichtlich aber wird er der nächsten Landesregierung ja nicht mehr angehören.

(Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Das ist der sachliche Stil, den Sie eben bei Frau Witteler-Koch vermißt haben!
- Abgeordnete Speth [SPD]: Da liegen aber Welten dazwischen, Herr Müller-Thurgau!)

- Herzlichen Dank! Aber er wird der nächsten Landesregierung ja voraussichtlich nicht mehr angehören. Zumindest habe ich das so in der Zeitung gelesen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Sozialdemokratie! Hier ist nicht nur Raum für eine neue Person, sondern hier ist auch Raum für besondere und neue Aufteilungen der Kompetenzen. Ich habe es schon gesagt: Wir wollen, daß sich auch frauenpolitisch die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik neu ausrichtet. Ich weiß, daß es auch in der SPD durchaus Personen mit Wünschen in diese Richtung gibt. Es gibt also nächstes Jahr die Möglichkeit, diese Wünsche zu berücksichtigen. (D)

(Abgeordneter Matthiesen [SPD]: Das ist ein Traum für Sie, gnädige Frau, ein Traum!)

- Nein, nicht nur ein Traum für mich! Ich weiß auch, daß die Kolleginnen in Ihrer Partei diesen Traum durchaus teilen: mehr Kompetenzen für Frauenpolitik gerade in diesem wichtigen Bereich!

Ich weiß aber auch - da gehören Sie offensichtlich auch zu diesen Andersdenkenden -, daß es in der SPD-Fraktion - das stand diese Woche auch in der Zeitung - durchaus Personen gibt - auch in der Landesregierung -, die das Frauenministerium am liebsten schlachten würden und der Frau Witteler-

(Hürten [GRÜNE])

- (A) Koch zustimmen. Ich hoffe wirklich sehr und appelliere an die SPD-Fraktion und die Landesregierung, daß sie diesen radikalen Minderheiten nicht nachgeben, sondern statt dessen das Frauenministerium stärken, mit mehr Kompetenzen und mehr Geld im nächsten Jahr.

(Beifall der Abgeordneten Rauterkus [SPD])

Jetzt noch einige wenige Worte zum Haushalt des Einzelplans 11: Im wesentlichen geht es um den Schutz von Frauen und Mädchen vor Männergewalt. In den vergangenen Debatten - sowohl im Ausschuß als auch hier im Plenum - habe ich immer wieder deutlich gemacht, daß aus unserer Sicht zu wenig Geld in dieser Richtung ausgegeben wird, zu wenig angesichts der großen Probleme im Land und der veränderten Situation. Es hat sich auch in den Frauenhäusern die Zusammensetzung und Betroffenheit der Frauen geändert. Probleme sind dazugekommen, beispielsweise durch Sucht wie z. B. Medikamentensucht. Probleme sind beispielsweise durch die starke Zunahme an psychischen Störungen dazugekommen. Angesichts dieser zusätzlichen Anforderung ist das Frauenhauspersonal völlig überlastet. Ich bedauere, daß die Richtlinienumgestaltung hier nicht genutzt worden ist, um in dieser Richtung neue Möglichkeiten zu schaffen, qualifiziertes Personal in ausreichender Zahl zu beschäftigen, sondern nur darauf ausgerichtet worden ist, Verwaltungsvereinfachung zu betreiben.

(B)

Hier leuchtet wie wild auf, daß meine Redezeit zu Ende ist. Ich denke, Sie wissen in vielen Einzelpunkten des Haushalts meine Meinung, ich habe sie oft deutlich gemacht und bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen. Ich hoffe, daß wir in den nächsten fünf Jahren konstruktive und kritische Auseinandersetzungen über Frauenpolitik hier gemeinsam weiter betreiben können.

Präsidentin Friebe: Vielen Dank. - Für die Landesregierung spricht die Ministerin für Gleichstellung von Frau und Mann, Frau Ridder-Melchers. Ich erteile Ihnen das Wort, Frau Ministerin.

Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann Ridder-Melchers: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe alle Debattenbeiträge mit Spannung verfolgt, weil sich alle drei Oppositionsparteien richtig Gedanken darüber ma-

chen, wie sie später einmal ein Frauenministerium organisieren könnten. Das finde ich spannend, zeigt aber, daß Sie auf dem falschen Dampfer sind und die Hoffnung hegen, nach dem 14. Mai hier etwas zu sagen zu haben. (C)

Sie haben hier alle diverse Wünsche geäußert. Ich will auch einmal einen Wunsch äußern und bin mir fast sicher, daß dieser Wunsch in Erfüllung geht, daß sie nämlich alle drei nicht die Möglichkeit haben werden, hier zu regieren,

(Beifall bei der SPD)

sondern daß weiterhin Johannes Rau nach dem 14. Mai hier stehen wird und dann sagen wird, wie es weitergeht. Dann brauchen Sie sich die Sorgen gar nicht zu machen.

Ich kann nur sagen: Das Frauenministerium ist in der Tat klein, aber oho.

(Beifall der Abgeordneten Speth [SPD])

Daß wir große Wirkungen entfalten, merken Sie allüberall. Es hat sich herumgesprochen, daß das Gleichstellungsministerium ein Querschnittsministerium ist. Natürlich liegen wir manchmal quer. Daß das so erfolgreich geht, liegt auch daran, daß sich das auch im Frauenausschuß des Landtags so durchgesetzt hat, (D)

(Beifall der Abgeordneten Rauterkus [SPD])

daß auch der Frauenausschuß querschnittsorientiert arbeitet und durchaus andere Ministerien in den Ausschuß bittet und daß das ganz gut organisiert ist. Ich glaube, das ist eine erfolgreiche Sache, die wir durchgesetzt haben.

Ich bin auch gar nicht verwundert, daß die Erfolgsbilanzen bei Frau van Dinther und Frau Hürten etwas kürzer und bei Frau Speth etwas ausführlicher sind. Es ist verständlich, daß die Vertreterinnen der Opposition nicht so gerne unsere Erfolge hier auflisten. Sie haben aber Gott sei Dank nicht vermeiden können, doch zumindest einen Teil dieser Erfolge darzustellen.

Ich kann für Nordrhein-Westfalen immer noch in Anspruch nehmen, daß wir in der Frauenpolitik vorne sind

(Beifall bei der SPD)

(Ministerin Ridder-Melchers)

- (A) und daß wir für viele Länder vorbildlich agieren. Wir waren damals das erste Land, das das Frauenerförderungsgesetz erlassen hat. Wir sind auch jetzt wieder das erste Land, das wirklich einmal gezeigt hat, wie man Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Strukturpolitik gezielt für Frauen umsetzt.

(Beifall bei der SPD)

Das Aktionsprogramm ist vorbildlich, die Regionalstellen "Frau und Beruf" sind vorbildlich, und viele Länder rufen bei uns an und wollen es uns nachmachen. Ich denke, das ist gut so.

Frau Speth hat auf die Regierungserklärung hingewiesen und darauf, daß alles das, was zugesagt worden ist, auch abgearbeitet worden ist.

(Abgeordnete Speth [SPD]: Noch mehr!)

- Und vieles mehr! Wir haben trotz knapper Kassen die Haushaltsansätze im Frauenministerium, aber auch darüber hinaus Mittel für Frauen erheblich ausgeweitet;

(Beifall bei der SPD)

- (B) trotz knapper Kassen haben wir teilweise, während in anderen Bereichen gekürzt wurde, die Ansätze verdoppelt: bei den Frauenhäusern, bei den Frauenberatungsstellen und bei vielen anderen Titeln.

Daß es noch vieles Wünschenswerte gibt, Frau Hürten - wer wollte das verschweigen? Daß es gerade für Frauen noch vieles aufzuarbeiten gilt, wollen wir nicht verschweigen, aber wir können eine erfolgreiche Leistungsbilanz hier vorlegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nun hat Frau van Dinther gesagt: "Schaffen Sie doch Arbeitsplätze für Frauen!" Frau van Dinther, das hätten Sie eigentlich woanders sagen müssen. Es ist ja nicht allein und kann auch nicht allein Aufgabe der Landesregierung sein, Arbeitsplätze zu schaffen. Auch bei Arbeitsplätzen für Frauen ist zunächst einmal die Wirtschaft gefordert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(C) Wir können doch mit unserem Arbeitsmarkt- und Strukturprogramm nur Anstöße geben, Hilfen geben, daß die Wirtschaft den Strukturwandel vorantreibt und Arbeitsplätze schafft. Wir können bei Arbeitslosigkeit unterstützend eingreifen, ebenfalls bei Qualifizierungen, und das tun wir auch. Aber wir sind doch nicht zuständig, Arbeitsplätze zu organisieren.

(Zuruf der Abgeordneten van Dinther [CDU])

- Ja, so hat es aber geklungen: Ihr macht ja nur so ein bißchen Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik! - Wir können nicht alle Arbeitsplätze organisieren. Ich sage einmal: In der Tat ist bei der Wirtschaft Nachholbedarf; die Wirtschaft muß sich stärker für Frauen öffnen. Ich wäre dankbar, wenn Sie das, was Sie hier gesagt haben, weithin sagen und bei jedem Besuch eines Wirtschaftsunternehmens mithelfen würden, dicke Bretter zu bohren und Gespräche zu führen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Landesregierung wird das erneut tun und auf die Wirtschaft zugehen - der Wirtschaftsminister und die Frauenministerin zusammen -, und ich hoffe, daß wir dann beim Bohren dicker Bretter auch bei der Wirtschaft weiter vorankommen. (D)

Wenn ich höre, daß Sie in Aussicht stellen, daß Sie es nach der Wahl, wenn Sie es dann zu sagen hätten, besser machten -

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie haben ja in Bonn den Beweis antreten können, und der sieht verheerend schlecht für Frauen aus.

(Abgeordneter Matthiesen [SPD]: Kläglich!)

Über das sogenannte Gleichberechtigungsgesetz will ich gar nicht reden. Dort hätten Sie Signale an die Wirtschaft senden und einmal sagen können: Da geht es lang mit der Frauenförderung! - Heute morgen ist in der Beratung schon das Arbeitsförderungsgesetz genannt worden. Heute werden im Bundestag dazu die Kürzungen beschlossen, und diese gehen besonders zu Lasten der Frauen. Das haben Sie zu vertreten.

(Zustimmung bei der SPD)

(Ministerin Ridder-Melchers)

- (A) Ich will die anderen Dinge gar nicht nennen. Sie hätten alle Hände voll zu tun, in Bonn endlich einmal den Beweis anzutreten, daß Sie für Frauen Politik machen.

(Beifall bei der SPD)

Nun komme ich zu Frau Witteler-Koch. - Ach, sie ist gar nicht mehr da. Wahrscheinlich muß sie regieren gehen. Ich will es trotzdem sagen, mache es aber kurz, weil es sich nicht lohnt, darauf weiter einzugehen. Die Beiträge von Frau Witteler-Koch sind hier bekannt. Mir fehlte eigentlich nur der Antrag auf Auflösung des Ministeriums. Ihn hat sie ja jedes Jahr hier gestellt; dieses Jahr fehlte er noch.

Frau Witteler-Koch ist ja stellvertretende Bundesvorsitzende der F.D.P. geworden. Ich habe ihr auch gratuliert. Ich war nur etwas erstaunt, daß sie sich in der Presse als eine Frau feiern ließ, die ganz viele Verdienste in der Frauenpolitik erworben und sich ganz fürchterlich für Frauen engagiert habe. Ich habe mir die Frage gestellt, wo sie das denn wohl gemacht hat, ob sie das vielleicht ganz lautlos getan hat.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Es ist doch sonst gar nicht ihre Art, so lautlos zu arbeiten. Im Frauenausschuß des Landtags haben wir herzlich wenig davon mitbekommen.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, es gilt für alle Fraktionen, daß wir dort davon wenig mitbekommen haben.

Wer mit wem am Ende zufrieden ist - die Beantwortung dieser Frage sollten wir getrost den Frauen in diesem Lande überlassen. Ich habe da keine große Sorge. Wenn ich durchs Land reise und wenn ich mir bestimmte Umfragen anschau, merke ich, daß die Frauenpolitik in Nordrhein-Westfalen weit über die Grenzen der Wähler und Wählerinnen im Umkreis der SPD hinaus Zustimmung findet. Viele, die der CDU und der F.D.P. nahestehen, stimmen uns zu und sagen: Das ist der richtige Weg,

(Zustimmung bei der SPD)

konkrete Schritte nach vorn, Frauenförderung mit Augenmaß betreiben! Ich bin sicher, daß uns das

die Wählerinnen und Wähler am 14. Mai auch bestätigen werden. - Herzlichen Dank. (C)

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung, und zwar zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der GRÜNEN Drucksache 11/8157, Teilbereich 10, Stichwort: Frauen. Wer für diesen Änderungsantrag der Fraktion der GRÜNEN ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - SPD, CDU und F.D.P. Enthält sich jemand der Stimme? - Der Antrag ist abgelehnt.

Über den Antrag Nummer 2, Schwangerschaftsberatung, wurde bereits unter Einzelplan 07 abgestimmt, so daß ich jetzt über den Einzelplan 11 abstimmen lassen kann, und zwar entsprechend der Beschlußempfehlung Drucksache 11/8011. Wer der Beschlußempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die SPD. Wer ist dagegen? - CDU, F.D.P. und GRÜNE. Enthält sich jemand der Stimme? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Einzelplan 11 in zweiter Lesung angenommen. (D)

Ich rufe die Nummer 8 auf:

Einzelplan 04: Justizministerium

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 11/8004 und auf die vorliegenden Änderungsanträge.

Ich eröffne die Beratung und erteile das Wort Herrn Abgeordneten Dr. Klose, den ich allerdings nicht sehe. - Dann machen wir weiter. Für die SPD-Fraktion bitte ich Herrn Abgeordneten Dr. Haak. Ich erteile Ihnen das Wort.

Abgeordneter Dr. Haak (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin nun sehr überrascht, weil ich mir als Punkt 1 notiert hatte: Replik auf Herrn Kollegen Klose.

(Abgeordneter Dr. Klose [CDU], in den Plenarsaal kommend: Das kann auch umgekehrt gehen!)